

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 300 A

BERLIN • Donnerstag, den 19. Januar 1933

2. JAHRGANG

SA tritt an zum Bürgerkrieg.

AUS DEM INHALT:

Heraus mit den Gefangenen.
Judenpogrome der Nazis.
Stalin über die Schwierigkeiten auf dem Lande.
Der Mensch lebt nicht von Brot allein.

Schulreaktion in Württemberg.

Von Hedwig Gutbrod.

Am 31. Dezember berichtete „Der Funke“, daß die württembergische sozialdemokratische Landtagsfraktion beim Staatsgerichtshof Klage gegen die württembergische Regierung erhoben hat, weil sie dieser das Recht abstreitet, die Durchführung des 8. Schuljahres auf dem Weg der Notverordnung bis auf weiteres zu verschieben, wie das die württembergische Regierung tat. Diese Nachricht setzte wohl manchen Leser in Erstaunen:

Wie ist es möglich, daß in Württemberg das 8. Schuljahr noch nicht durchgeführt ist?

1.rote Artikel 145 der Reichsverfassung, der die achtjährige Volksschule vorschreibt? — Ja, in Württemberg, dem Land der Kleinbauern und Kleinbürger, dem Land der Enge und des Konservatismus, dem Land, in dem die Kirche noch eine Macht darstellt und der Pietismus zuhause ist, dem Land mit dem Zentrums-Staatspräsidenten, mit der bürgerlich-bäuerlichen Regierung, dem deutschnationalen Kultusminister und der soliden bürgerlichen Lehrerschaft — in diesem Lande ist es möglich, daß

heute noch drei Viertel aller Schulorte ohne das 8. Schuljahr

sind. (Die Städte und einige Industrie-Landorte haben das 8. Schuljahr.)

1920 bestimmte ein Schulgesetz, daß im Frühjahr 1928 in allen Schulorten Württembergs das 8. Schuljahr eingeführt werden sollte. 1927 aber kam ein Aenderungsgesetz heraus, wonach zwar das Schulgesetz von 1920 „bestehen blieb“, für „einzelne Gemeinden“ aber die Möglichkeit gegeben wurde, sich vom Kultusministerium auf Grund eines Antrags des Gemeinderats den Zeitpunkt für die Durchführung des 8. Schuljahrs aus finanziellen oder andern Gründen verschieben zu lassen. Dieses Aenderungsgesetz tritt am 1. April 1933 außer Kraft.

Aus den „einzelnen Gemeinden“ wurden 1400, und wenn das Aenderungsgesetz außer Kraft tritt, dann tritt die neue Notverordnung an seine Stelle, nach der die Einführung des 8. Schuljahrs „bis auf weiteres“ verschoben wird, „soweit nicht ein Gemeinderat etwas anderes beschließt“. Diese Notverordnung ist weit schlimmer als das Aenderungsgesetz von 1927. Denn damals war das 8. Schuljahr wenigstens auf dem Papier noch Regelfall, heute ist es Ausnahme. Damals mußte eine Gemeinde, die es nicht einführen wollte, ein entsprechendes Gesuch einreichen, heute ist es umgekehrt: will eine Gemeinde das 8. Schuljahr einführen, so muß es der Gemeinderat beschließen; damals war die Hinausschiebung zeitlich beschränkt, heute hat man darauf verzichtet, auch nur festzusetzen, wann man sich mit der Frage wieder beschäftigen will.

Als Gründe für das Hinausschieben des 8. Schuljahrs gab die Regierung 1927 und gibt sie heute wieder an:

1. Die in Württemberg häufigen kleinbäuerlichen Betriebe brauchen die Kinder zur Mitarbeit;
2. die Gemeinden können die finanzielle Mehrbelastung nicht tragen.

Dieser Begründung fehlt jede Stützhaltigkeit, denn, wie der Württembergische Lehrerverein feststellte, nur eine ganz geringe Zahl der Schulentlassenen wird im elterlichen bäuerlichen Betrieb verwendet; die meisten suchen Lehrstellen oder verdrängen ältere Arbeiter von ihrem Platze. Weiter zeigt eine vom Württembergischen Lehrerverein aufgestellte Statistik, daß bei der großen Mehrzahl (92 Prozent) der in Frage kommenden Schulorte die Durchführung des 8. Schuljahrs keine wesentlichen Mehrkosten verursachen würde (keine weiteren Schulräume und Lehrerstellen). Es muß übrigens gesagt werden, daß die Regierung es gar nicht für wichtig hielt, sich die nötigen Unterlagen für ihre Begründung zu verschaffen; ja daß sie die alte Begründung wieder aufnahm, obwohl der Württembergische Lehrerverein ihr die Hin-

Freche Provokation der Berliner SA.

Die Berliner SA plant für kommenden Sonntag einen Aufmarsch der SS und SA auf dem Bülowplatz „Front gegen das Karl-Liebknecht-Haus“. Dabei wollen Hitler und Goebbels die Parade abnehmen. Die „Rote Fahne“ ruft aus diesem Anlaß die Arbeiterschaft Berlins zum Schutz des Karl-Liebknecht-Hauses und zur Abwehr dieses Provokationsversuches auf.

Bedenklich erscheint uns vor allem die ungeheure Gefahr, daß bei dem provokatorischen Aufmarsch der Faschisten von Lockepitzeln Zwischenfälle provoziert werden, die ein Vorgehen oder eine Schließung des Karl-Liebknecht-Hauses ermöglichen sollen. Diese Gefahr ist umso größer als sich die Kommunisten derselben anscheinend noch gar nicht bewußt geworden sind. Wir verlangen von dem Berliner Polizeipräsidenten, daß er den offensichtlich einzig und allein zum Zwecke der Provokation auf dem Bülowplatz geplanten Aufmarsch der SA verbietet.

Andernfalls müßte angenommen werden, daß die Berliner Polizei die Hand mit im Spiel hat und derartige Provokationen mit all ihren möglichen Folgen wünscht!

Was würde beispielsweise geschehen, wenn die KP heute zu einer Demonstration in der Hedemannstraße „Front gegen die Goebbels-Filiale“ aufrufen würde? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Es ist notwendig, daß heute schon dies alles klar und deutlich von der Berliner Arbeiterschaft festgestellt wird, damit die Verantwortlichen sich nachher nicht herausreden können und zu ihren Taten stehen müssen.

Vor allem müssen sich aber auch die Genossen von der „Eisernen Front“ für die Abwehr dieser frechen Provokation der Berliner Faschisten einsetzen. Was heute auf dem Bülowplatz geschieht, kann morgen am Engelufer oder in der Lindenstraße passieren! Hier ist eine Gelegenheit, um eine ehrliche — und sei es auch nur eine befristete — gemeinsame antifaschistische Einheitsfront herzustellen! Arbeiter Berlins, erfüllt eure proletarische Pflicht!



Chicago in Braunschweig.

Der dem „Stahlhelm“ angehörende Gemeindevorsteher Friedrichs in Sonnenberg wurde laut Mitteilung des Landesverbands Braunschweig des „Stahlhelm“ auf seinem Gehöft von uniformierten SS-Leuten überfallen und schwer verletzt, weil er sich gegen die Anmaßung der Polizeigewalt durch SS gewandt hatte.

Vergebens forderte die Frau des Ueberfallenen Hilfe bei der Braunschweiger Schutzpolizei an.

Wie die aufschlußreiche Erklärung des „Stahlhelm“ behauptet, wurde die Frau gefragt, welcher Partei die Täter angehörten; als sie darauf erwiderte, es handle sich um Nationalsozialisten, erhielt sie keine Hilfe! Die SS-Leute standen unter Befehl des Nazi-Landtagsabgeordneten Alpers.

Wenn der Vorgang sich nur einigermaßen so abgespielt hat, wie der „Stahlhelm“ ihn hier schildert, dann bleibt nur übrig, daß den verantwortlichen Polizeiinstanzen wegen Begünstigung schweren Landfriedensbruchs oder anderer Ver-

brechen der Prozeß gemacht wird; daß sie wenigstens, da ja eine Krähe der andern nicht die Augen aushackt, den Gerichten angezeigt werden, sodaß die Möglichkeit besteht, öffentlich solche Verhältnisse, mit denen Braunschweig z. B. an Chicago unbedingt heranreicht, zur Sprache zu bringen. Es hilft hier nicht der Einwand, daß ja solche Kerle bei der herrschenden Klassenjustiz höchstwahrscheinlich doch nicht bestraft werden würden. Es muß jedenfalls

wieder und wieder dieser Nachweis geführt werden, um auf diese Weise auch dem Gutgläubigsten die Augen zu öffnen über das Verbrecherische der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Selbstverständlich muß bei solchem offenbaren Versagen der Polizei auch das Reich eintreten, das am 20. Juli so scharf gegen die preußische Regierung vorging, obwohl solche Zustände damals noch nicht in Preußen herrschten.

fülligkeit derselben durch Statistiken bewies. Die Gründe waren schon 1927 bloßer Schein und sind es heute erst recht. Die Sache ist keine finanzielle, sondern eine rein politische Angelegenheit. 1927 waren es

Machenschaften des Bauernbundes und des Zentrums,

daß so viele Gemeinden einen Antrag auf Hinausschiebung stellten, und heute stecken dieselben Mächte dahinter.

Die Notverordnung, die das 8. Schuljahr von neuem hinauschiebt, brachte zur Deckung des Fehlbetrags im laufenden Rechnungsjahr auch die Schlachtsteuer. Durch die Einführung der Schlachtsteuer fühlten sich die Bauern und Kleinbürger besonders hart betroffen. Sie stellen eine Macht dar, also muß man sie durch eine Gegengabe zufriedenstellen. Das 8. Schuljahr wurde der Schlachtsteuer als Schlachtopfer dargebracht. Die württembergischen Bauern und Kleinbürger sind befriedigt; sie haben erreicht, was sie erreichen wollten.

Zentrum und NSDAP lachen; denn was die Bauern und Kleinbürger sich hier erkämpften, ist das, was jene beiden Parteien für diese beiden Klassen erstreben! Dumme brauchen sie, eine Herde,

die sich willig führen und ausbeuten läßt. Die Bauern sehen nicht, daß sie gegen ihr eigenes Wohl arbeiten, daß sie selber dafür sorgen, daß sie weiterhin die Dummen bleiben werden. Es ist Tatsache, daß

die Bauern zuvorderst in der Reihe stehen, wenn es gilt, gegen die Volksschule, also ihre eigene Schule, zu kämpfen,

statt, daß sie mit der Arbeiterschaft zusammen gingen und mit aller Macht für den Ausbau der Volksschule, für die Schule der Bauern und Arbeiter kämpften. Das Zentrum tat immer gegen das 8. Schuljahr, was in seiner Macht stand. Dahinter steckt nicht nur die Grundtendenz der katholischen

Kirche, sondern auch taktische Gründe: Das Zentrum muß den Meinungen und Wünschen der Bauern Rechnung tragen, damit diese nicht ins Lager des Bauernbundes übergehen; denn die Bauern in dem fast rein katholischen Oberschwaben stellen einen großen Teil der württembergischen Zentrums-Wähler. Die evangelische Kirche als solche schweigt zu der ganzen Angelegenheit. Die Landtagsfraktion des Christlichen Volksdienstes trat für das 8. Schuljahr ein.

Ein Wort noch zu der Stellung der NSDAP in dieser Sache: Der Finanzausschuß des württembergischen Landtags machte den Versuch, die Regierung in der Angelegenheit des 8. Schuljahrs vom Notverordnungswege abzubringen. Die Verhandlungen spitzten sich auf die Frage zu, ob die Regierung das Recht habe, die Hinausschiebung des 8. Schuljahrs — also die Außerkraftsetzung der Reichsverfassung — durch Notverordnung zu bestimmen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der diese Frage verneinte, fand dank der Stimmenthaltung der Nazis nur Stimmengleichheit und damit Ablehnung. Die Nazis verweigerten ihre Stimme, „weil die Frage rechtlich nicht genügend geklärt sei“. Dabei hätte die NSDAP gerade durch Annahme des sozialdemokratischen Antrags Zeit und Gelegenheit schaffen können für die Klärung der Rechtsfrage. Seltsam, daß die NSDAP gerade in dieser Angelegenheit der Volksschule so starke „rechtliche“ Hemmungen hatte! Seltsam auch bei ihrer sonstigen „Volksfreundlichkeit“, daß sie sich nicht mit aller Macht für die Volksschule einsetzte. Dennoch gewinnt der rührige nationalsozialistische Lehrerbund neue Anhänger.

Die württembergische Lehrerschaft

trat immer für das 8. Schuljahr ein, besonders stark im Jahr 1927. Sie tat es aus Idealismus; die Durchführung des 8. Schuljahrs brächte ihr nur geringe Stellenvermehrung und

sonst nur Mehrbelastung des Einzelnen. Sie trat aus pädagogischen Gründen für das 8. Schuljahr ein. Weich und nachgiebig allerdings, wie sie immer ist, den Weg der „goldenen Mitte“ beschreitend, forderte sie Durchführung des 8. Schuljahrs nur da, wo dies keine erhebliche Mehrbelastung verursache. Sie hoffte, daß das 8. Schuljahr im Frühjahr 1933 durchgeführt werde; sie zeigte durch Statistiken, daß die von der Regierung angeführten Hinderungsgründe hinfällig sind; sie betonte, daß die Durchführung des 8. Schuljahrs heute eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes und eine Verringerung des Arbeitslosenheeres bedeuten würde; sie pochte darauf, daß die Unterbringung der jungen Menschen im Arbeitsdienst höhere Kosten verursache als das 8. Schuljahr; sie berief sich auf die Klage der Berufsschulen darüber, daß der Bildungsunterschied zwischen den Stadt- und den Landschulen ihre Arbeit erschwere; sie forderte Angleichung des württembergischen Schulwesens an das der andern deutschen Länder. Sie hatte Besprechungen mit den Fraktionen des Landtags und fand eine Mehrheit für die Durchführung des 8. Schuljahrs, „wo es keine wesentliche Mehrkosten verursache“.

Da erschien die Notverordnung. Die Lehrerschaft ist enttäuscht. Und nun? — Wohl erschien in der „Württem-

bergischen Lehrzeitung“ ein Aufsatz, in dem die Rede davon ist, daß die Lehrerschaft „durch eine solche Handlungsweise aufs schärfste radikalisiert und wieder in die Lager der grundsätzlichen und bedingungslosen Opposition geführt werde“ oder daß sie ihre „bisherige Stellungnahme in Fragen der Kirche und der Kirchengaben ändern müsse, wenn politische Vertreter der Kirche sich bei Angelegenheiten der Volksschule und Volksschulenausgaben so verhielten wie bei der Angelegenheit des 8. Schuljahrs“. Wohl erschien ein solcher Artikel in der Lehrpresse, aber es folgte Schweigen. An Handeln dachte der Württembergische Lehrerverein nicht. (Dagegen schloß er vor einiger Zeit die Hauptführer der „Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer“, die im Bunde mit der proletarischen Elternschaft für die Interessen der Volksschule eintreten will und scharfe Kritik an der nachgiebigen Politik des Württembergischen Lehrervereins übt, aus dem Verein aus.)

Wann werden die Bauern begreifen, daß sie an die Seite der kämpfenden Arbeiter gehören? Und wann werden die Lehrer sich ihrer Verpflichtung für das Gelingen des Kampfes beider bewußt werden? Wann werden sie so handeln, wie es der Bedeutung der Arbeiterschaft für die Er kämpfung einer freien Schule entspricht?

Stall über die Schwierigkeiten auf dem Lande.

Unter der Überschrift „Bolschewiki beseitigen alle Schwierigkeiten“ gibt die „Rote Fahne“ den Inhalt der zweiten Rede Stalins wieder, die er am 11. Januar auf der Tagung des Vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands gehalten hat.

Stalin führt eine Reihe von Ursachen für die Schwierigkeiten der Arbeit auf dem Lande an. Die Hauptschwierigkeit sieht er darin, daß die Getreideaufbringung im letztvergangenen Jahr noch mangelhafter war als 1931, obwohl die Ernte besser ausgefallen ist als im Vorjahr. Worin sieht Stalin die Ursachen?

1) Statt mit allen Kräften die Getreideaufbringung zu verstärken und zu beschleunigen, haben die russischen Arbeiter die Bildung aller Arten von Fonds beschleunigt und dadurch die Zurückhaltung der Getreideablieferung verstärkt. Der Volkskommissarenrat und das Zentralkomitee haben diese Lage rechtzeitig berücksichtigt, zum Beispiel in dem Beschluß, daß nur nach Abschluß der Getreideaufbringung der Kollektivwirtschaftshandel eröffnet werden kann. Der Kollektivwirtschaftshandel wurde eingeführt, um die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten und die der Bauern mit städtischen Erzeugnissen zu verbessern, um den Bauern eine zusätzliche Einnahmequelle zu geben und einen Anstoß für die Verbesserung der Arbeit. Die Tatsachen haben die Richtigkeit dieser Politik bestätigt, und die Mängel sind nur damit zu erklären, daß die Anweisungen nicht immer richtig durchgeführt wurden.

2) Die russischen Genossen verkennen die Bedeutung der Kollektivierung; der Sieg der Kollektivierung vermindert nicht die Verantwortung der Kommunisten auf dem Lande, sondern vergrößert sie.

3) Viele Genossen überschätzen die Kollektivwirtschaften und sehen nicht, daß diese in ihrem organisatorischen Aufbau noch schwach und gegen das Eindringen von konterrevolutionären Elementen nicht gesichert sind.

4) Viele Genossen verkennen die Arbeit der Kulaken, die vom offenen Angriff auf die Kollektivwirtschaften zur stillen Wühlarbeit übergegangen sind.

5) Die Verantwortung der Kommunisten auf dem Gebiet des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und der Getreideaufbringung wird unterschätzt.

Stalin schloß seine Rede mit den Worten: „Kann man diese Mängel ausmerzen? Jawohl, unbedingt kann man es. Werden wir sie in der nächsten Zeit ausmerzen? Jawohl, unbedingt werden wir dies tun. Daran kann kein Zweifel bestehen. Ich meine, daß die politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen und auf den Sowjetgütern eines der entscheidendsten Mittel sind, mit deren Hilfe man diese Mängel in aller kürzester Frist beseitigen können wird.“

Also wieder Zwang, nachdem im Mai vorigen Jahres die Zügel etwas gelockert wurden gerade im Interesse der Getreideaufbringung?

Der in Stalins Rede angedeutete Beschluß, daß nur nach Abschluß der Getreideaufbringung Kollektivwirtschafts-

handel stattfinden darf, wurde von den Mitgliedern der Kollektive nicht eingehalten. Sie verkauften das Getreide zu hohen Preisen auf dem freien Markt, obwohl die „Getreideaufbringung“ noch nicht vollendet war. Ein deutlicher und verständlicher Zug nach wirtschaftlicher Freiheit! Der bei der Getreideaufbringung herrschende Mangel würde am schnellsten und sichersten beseitigt werden, wenn den russischen Bauern die Möglichkeit gegeben würde, ihr Getreide auf dem freien Markt zu verkaufen. Aber von einem solchen Schritt redet Stalin nicht. Die Aussicht ist weit größer, daß die russischen Genossen durch Verschärfung der Zwangsmaßnahmen die Getreideaufbringung sichern wollen.

So geht uns zum Beispiel eben eine Mitteilung zu, daß der Rat der Volkskommissare eine Verordnung über die Neuordnung des Handels in den Kollektivwirtschaften erlassen hat. In dieser Verordnung wird der Miliz vorgeschrieben, die Kontrolle über die Kollektiven-Märkte zu verschärfen, um sie gegen ein Eindringen sowjetfeindlicher Elemente und Spekulanten zu sichern. Auch soll die Miliz gegen jede Preissteigerung einschreiten und über solche Vorfälle den Behörden Bericht erstatten, damit die Kollektivwirtschaft sofort zur Verantwortung gezogen werden kann.

Die Gefahr einer Hungersnot in Rußland wächst unter diesen Umständen trotz aller bolschewistischen „Selbstkritik“. Es ist heute notwendiger denn je, den agrarpolitischen Ziok-zack-Kurs aufzugeben und sich auf den Weg einer freieren Agrarpolitik zu begeben. Leider läßt die Stalinsche Rede in dieser Beziehung keine Hoffnungen aufkommen.

Zur Kontrolle der Produktion von Kriegsmaterial. Einsetzung eines Prüfungsausschusses in Frankreich.

Die französische Regierung hat einen Prüfungsausschuss eingesetzt, der Maßnahmen zur Kontrolle der Herstellung und des Handels mit Kriegsmaterial ausarbeiten hat. Der Zweck dieser Untersuchung ist die Beschleunigung der Ausarbeitung eines Planes zur Regelung der Rüstungsindustrie in den einzelnen Staaten, der der Abrüstungskonferenz von seiten der französischen Regierung unterbreitet wird. Dem Ausschuss gehört, neben zahlreichen Generalen, auch Jouhaux, der Vorsitzende des CGT an.

Die französische Regierung hat folgende Erklärung über den Sonderausschuss herausgegeben:

„Die französische Regierung hat beschlossen, einen Sonderausschuss zu bilden, der seinen Sitz im Generalsekretariat des Obersten Landesverteidigungsrats haben soll und dem die Aufgabe zufällt, die Fragen der Herstellung von Kriegsmaterial und des Waffenhandels zu prüfen. Die Regierung ist der Auffassung, daß außerhalb des internationalen Abkommens die in Frankreich bestehende Regelung neu organisiert werden müsse. Der Ausschuss soll aber außerdem die Verhaltensmaßregeln ausarbeiten, die der französischen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz zum Zweck einer Neu-

regelung der Abmachungen über Waffenherstellung und Waffenhandel erteilt werden sollen.

Den Vorsitz des Ausschusses führt der Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium. Ihm gehören ferner an die Unterstaatssekretäre im Außenministerium, Luftfahrtministerium und Kriegsministerium sowie Vertreter der verschiedenen interessierten Dienstzweige und die Vertreter Frankreichs im Genfer Ausschuss für Waffenherstellung und Waffenhandel.

Der Ausschuss wird voraussichtlich am kommenden Donnerstag erstmalig zusammentreten.“

Um die Philippinen.

Beide Washingtoner Parlamente haben sich jetzt, allen Warnungen Hoovers zum Trotz, für die Unabhängigkeit der Philippinen entschieden:

am Freitag das Repräsentantenhaus mit 274 gegen 94 Stimmen, am Dienstag der Senat, ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit, wie sie zum Ueberstimmen des Vetos des Präsidenten erforderlich ist. Nach diesem Ergebnis müßte die Unabhängigkeitsvorlage Gesetz werden. Die Filipinos selber legen jedoch keinen Wert auf diese Unabhängigkeit: der Kongreß der Philippinen hat (bereits vor der Abstimmung im Washingtoner Senat) die Washingtoner Regierung benachrichtigt, daß er die Unabhängigkeitsvorlage ablehnen werde, weil sie wirtschaftlich ungenügend sei. Der Zugang zum amerikanischen Markt, der für die bedeutende Zucker- und Jute-Ausfuhr der Philippinen jetzt zollfrei offensteht, würde nämlich bei Inkraftsetzung der Unabhängigkeit mit Zollschranken verbaut werden. Aber „wat dem een sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall“: die amerikanischen Repräsentanten und Senatoren möchten gerade die Zolleinnahme aus der Einfuhr philippinischer Zuckers und philippinischer Jute nach den USA nicht länger entbehren, und diese „materialistische“ Erwägung hat wesentlich mit dazu beigetragen, sich für das „Ideal“ der Unabhängigkeit der Philippinen einzusetzen.

Der von beiden Parlamenten angenommene Gesetzentwurf sieht vor, daß die Philippinen nach zehn Jahren unter einer republikanischen Regierung Selbständigkeit erhalten.

Zensur-Rotstift, Gummiknüppel und Ausnahmegericht.

Die Dreieinigkeit zur Unterdrückung der Arbeiterschaft. Im polnischen Sejm wurde der Haushalt des Innenministeriums verabschiedet.

Von den 202,5 Millionen Zloty, die für die Ausgaben des Innenministeriums angesetzt worden sind, entfallen 104,5 Millionen, also mehr als die Hälfte, auf die Polizei! Der Innenminister ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, gegen wen sich die Stärke der Polizei hauptsächlich richtet: nach einer Bemerkung über die Zunahme des Verbrecherwesens erklärte er, daß er entschieden gegen den Kommunismus vorgehen würde, dem gegenüber keinerlei Rücksichten walten dürften!

Im Laufe der Debatte erklärte ein sozialdemokratischer Abgeordneter, daß das Symbol der Regierung der Rotstift des Zensors, der Gummiknüppel des Polizisten und das Ausnahmegericht seien. (Das trifft bekanntlich nicht nur auf Polen zu.)

Autodemonstration in Prag.

Zum Protest gegen das neue tschechische Automobilgesetz findet in Prag eine ungeheure „Autodemonstration“ statt: Aus allen Teilen des Landes sind Kraftwagen in der Hauptstadt eingetroffen, insgesamt etwa 10 000, die sich zum Teil durch tiefen Schnee hindurchkämpfen mußten. Die Kraftwagen stehen in langen Reihen auf allen Straßen. Ueberall finden große Protestversammlungen statt. Die Polizei ist gegen die Menge mit blankem Säbel vorgegangen. Mehrere Personen, die Streikposten standen, sind verhaftet worden.

Der chinesische, in die Mandchurei hineinreichende Gegenstoß auf Tungliao (nordwestlich Mukden) geht weiter. Das japanische Oberkommando meldet zwei Attentate auf ständischer auf die stidmandschurische Bahn. In beiden Fällen seien Züge zur Entgleisung gebracht worden. Tote und Verwundete.

Die Gefährten.

Roman von Anna Sejhers. G. Klempner Verlag, 346 Seiten, gebunden 5,40 Mark.

H. D. Das Buch ist ein Dokument. Ein Aufschrei gegen den weißen Terror. Ein herrliches Bekenntnis für die Welt der Revolutionäre.

Am Boden liegt die ungarische Räterepublik. In den Dörfern, in den Städten wütet der weiße Terror.

„Man hat die alte Belegschaft zusammengesperrt weggetrieben. Man hat eine neue Belegschaft eingesetzt. Was gestern und heute nacht hier war, gestern und heute nacht. Sie suchen die Lagerhäuser mit Hundstuden nach Flüchtlingen ab. Sie haben welche von uns auf die Schienen gebunden. Sie haben welche von uns auf die Puffer gebunden. Sie haben zwei Heizer in die Kessel geworfen.“

Am Boden liegt Bulgariens Bauernregierung. Sie haben Dudoff, einen Arbeiter und Bauernführer, gefangen.

„Diesmal wirst du uns nicht weglaufen!“ Sie hoben ihn über den Ofen, hielten ihn zu viert um die Hüften, stießen seine Füße in den Kessel. Dudoffs Kopf fiel nach hinten. „Kennst du Petka, den Bahnwärter?“

„Ja.“
„Wir blieben eine Nacht bei ihm. Dann kamen sie zu ihm und fragten ihn. Sie haben ihn in einen Sack gesteckt, in einen Sack mit einer Wildkatze und sie haben mit einem Knüttel auf den Sack geschlagen und dann haben sie ihn herausgeholt.“

„Gestützt auf die Masse der Arbeiter und armen Bauern, eroberte Tschang-Kei-tschek der Nationalregierung zehn Provinzen. Am entscheidenden Punkt, vor der Frage, die Revolution zu Ende zu führen oder sich gegen die Massen zu stellen, antwortete Tschang-Kei-tschek mit der Erschießung von 200 Arbeitern in Schanghai auf offener Straße im Namen der bürgerlichen Ordnung.“

Ins faschistische Polen führt uns das Buch. In die engen niedrigen Hütten der Arbeiter, wo man das Leben damit begann, daß „man als Knabe ein rotes Fähnchen auf einen Telegraphenmast spielte, und sich von einem

Streik zum anderen, von einem verbotenen Aufmarsch zum anderen, ins Zuchthaus hineinkämpfte“, diese Zuchthäuser, in denen man ihnen, um ihren Hungerstreik zu brechen, künstlich Nahrung einflörte und dabei die Glasröhre so weit in den Hals steckte, daß Röhre und Revolutionär dabei zerbrechen. In den Kerkern sitzen Revolutionäre, die schon unter dem Zaren ihren Kampf mit dem Verlust der Freiheit bezahlen mußten. Die „guten Wärmeöfen“, die durch ihren Mut, durch die unbeugsame Stärke ihrer Gesinnung, das Leben der weniger starken Gefangenen erhalten. Die, die dafür sorgen, daß die Gefangenen noch mutiger und opfertreuer die Kerker verlassen.

Wer dem weißen Terror nicht zum Opfer fällt, flieht ins Ausland. Ueberall lauert der Verrat. Bisherige „Genossen“ entpuppen sich als Verräter, dennoch gelingt vielen die Flucht. Im Ausland beginnt die große Probe. Vieles, Unmenschliches haben die Genossen erduldet. Werden sie auch hier fest bleiben?

Da ist Faludi. Nur in seinem Element, wenn die Aktion gefährlich ist. Ist die Situation nicht gefährlich, so sucht er sie gefährlich zu machen, sich und die Gefährten in unnütze Gefahr bringend. Man nimmt ihm seine Funktion. Er versackt. Da sind die, die sich einleben, die nicht einmal mehr verlegen werden, wenn sie ihre früheren Gefährten sehen, da sind die, die zur Besinnung kommen wollen, die sich solange besinnen bis sie versackt sind.

Da sind aber auch die anderen, die, welche die Probe bestehen. Jene einfachen Parteisoldaten, die ihre Arbeit finden, wo immer die Revolution voranzutreiben ist. Dudoff, der immer wieder illegal nach Bulgarien zurückfährt, die Flamme des Aufstandes schürend, bis er am Galgen endet. Böhm, der sich im Proletenviertel Berlins einarbeitet, zäh und unermüdet. Palis Kampf um den Italiener Bordonni, den er, allem Widerstand der Frau zum Trotz, immer tiefer und tiefer in den revolutionären Kampf hineinzieht, bis er ihn und dann auch sie gewonnen hat, gehört zu dem Schönsten in diesem Buch.

Wie „Die Henker“ von Bagbasse führt auch dieses Buch an das Gewissen. Einsatz und Kampf fordernd

„Alkohol“.

(Malik-Verlag, Berlin, Kartoniert 2,85, gebunden 4,25 Mark.)

Im Zusammenhang mit der Absicht des neugewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt, die Prohibition aufzuheben, gewinnt der Sinclairsche Roman an Bedeutung. Sinclair hat in diesem Roman die Aufgabe übernommen, die verheerende Wirkung des Alkohols in Gesellschaft, Kunst und Politik aufzuzeigen.

Beim Lesen des Romans erleben wir die Lebens- und Leidensgeschichte einer der „oberen Gesellschaft“ angehörenden Familie, die der Alkohol fast völlig vernichtet. Ein Sproß der Familie, eine Frau, gewinnt auf Grund eigener Erfahrungen die Ueberzeugung, daß dem Alkohol der Kampf angesagt werden sollte. Sie selbst verzichtet auf Reichtum und Vorrechte der oberen Gesellschaftsklasse und heiratet gegen den Willen ihrer Angehörigen einen einfachen Mann. Beide führen dann, zunächst unter ihren eigenen Angehörigen, den Kampf gegen den Alkohol. Durch ihre Ergebnisse kommen sie auf der Höhe ihres Lebens dazu, ihren Kampf innerhalb einer Organisation zu führen. Er wird Prohibitionsangestellter des Staates und verliert sein Leben im Kampf mit Alkoholschmugglern. Sie gründet nach seinem Tode selber eine Kampforganisation, besonders der Frauen. Wir erleben Polizei und Regierung in ihrem „Kampf“ gegen Alkohol — eine einzige Korruption. Sinclair gibt hier wieder, wie in vielen anderen seiner Romane, einen treffenden Einblick in die Hohlheit und Aufgeblasenheit der oberen Gesellschaftsschichten. Er führt uns in das Gebiet der „hohen“ Dichtkunst, zeigt auch hier die Einflüsse des Alkohols und ein Dichtervolk, dessen Tätigkeit ein einziger Hohn auf wirkliche Kunst ist. Ein Buch, das allen Freunden und Gegnern des Alkohols sehr zu empfehlen ist.

W. L.

Die in Polen zum Tode verurteilten „Spione“ sind vom Staatspräsidenten zu lebenslänglichem Zuchthaus „bognadigt“ worden. Die Begnadigung findet nur auf zwei der Verurteilten Anwendung, da der Dritte bereits hingerichtet worden ist.

„Rein italienische Zustände!“

L. W. Riesenplakate verkündeten vor wenigen Tagen der Münchener Bevölkerung, daß am Sonntag (15. Januar) die SA marschieren werde.

Und sie marschierte, zunächst entlang der Isar, dann durch Wohnviertel mit kleinbürgerlicher Bevölkerung. Autos und Motorräder, von Braunhemden besetzt, durchrasen die Straßen, gleichsam, als ob sie die Stimmung vorbereiten wollten: Heute gehört die Straße uns.

Am Kapuzinerplatz hatten sich eine Anzahl Kommunisten eingefunden. Der Demonstrationzug nähert sich. Voran fuhr ein Lastauto mit Braunhemden, Sturzhelme auf dem Kopf und auch sonst äußerst provokatorisch wirkend. „Heil Hitler!“ Aber auch Rufe wie „Rot Front!“ und „Arbeitermörder!“ durchschwirten die Luft. Die Nazis springen vom Lastauto, sperren durch Kettenbildung die Zuschauermenge vom Demonstrationzug ab. Ein Nazi-Auto kommt angerast, ein Arbeiter gerät zwischen dieses und den Demonstrationzug. Nazis bearbeiten ihn mit Gummiknüppeln. Er fällt hin. — Als er aufsteht, hat er eine große Beule am Kopf. Die Polizei, die zahlreich vertreten war, hat sich um diese Sache nicht gekümmert.

Weiter marschiert der Zug, entgegen dem Westend, einem Proletarierviertel. Ecke Holzappel- und Schwanthaler Straße wird der Zug mit Rufen wie „Rot Front!“ und „Donk an die Arbeitermörder von Potempa!“ empfangen. Die Rufe bekommen die Gummiknäppel der Polizei zu spüren, wenn es ihnen nicht gelingt, schnell genug davonzulaufen. Mehrere SA-Leute prügeln einen jungen Burschen. Es gelingt diesem schließlich, davonzulaufen. Ein Polizist läuft hinter ihm her, schlägt auf ihn ein. —

Der Demonstrationzug der Hitler-Garden ist vorüber. Im Westend wird jetzt die „Internationale“ gepfiffen. Zorn und Empörung der Arbeiterschaft über das Verhalten der Polizei machen sich Luft. Es bilden sich Gruppen, man bespricht das Gesehene, man fühlt sich verbunden. Doch auch hier gibt es Grenzen.

An fast jeder Straßenecke im Westend stehen Polizeipatrouillen. Wo zwei oder gar mehr Arbeiter beieinander stehen, werden sie von Polizisten beobachtet und weitergeschoben. Ein älterer Arbeiter schickt sich zum Weitergehen an mit dem Seufzer:

„Wir haben rein italienische Zustände!“

Dahin ist es gekommen, weil das Proletariat *uneinig* ist. Noch kann es sich einigen gegen Faschismus und Polizeiwillkür! Noch ist es nicht — wie in Italien — völlig niedergeschlagen, die Führer getötet von faschistischen Mördern!

Wenn das ein Freidenker gewesen wäre! Vielfacher Giftmörder.

Wir entnehmen der „Geistesfreiheit“: Der 35 jährige Schuhmacher Just aus Klein-Partwitz bei Görlitz wurde am 9. Dezember 1932 vom Görlitzer Landgericht viermal zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er hat seit 1930 seine Ehefrau, seinen Schwager, dessen sechsjährigen Sohn, seine Schwägerin und seinen Schwiegervater auf wahrhaft teuflische Weise umgebracht. Er zeigte keine Reue, sondern schloß seine lange Verteidigungsrede mit den Worten: „Daß eine Strafe für mich sein muß, weiß ich. — Hohes Gericht — Menschheit — Gott, der du im Himmel lebst, wie die Strafe auch ausfällt, ich will sie ertragen.“

Er war natürlich christlich getauft und erzogen. Trotzdem hören die Priester nicht auf, für alle Verbrechen die Gottlosigkeit verantwortlich zu machen. —

Just war geständig. Habsucht — er wollte Versicherungen sich nutzbar machen — hat ihn zu den Verbrechen getrieben.

Im Zusammenhang mit einer plötzlichen Kassenrevision „beurlaubt“ wurden der Gauschatzmeister des Gaues Berlin der NSDAP, Fellner, und der Stellvertreter Goebbel's Dr. Meinshausen.

Heraus mit den Gefangenen von Meerut!

Eine verantwortungsvolle Aufgabe des IGB.

A. F. (London.) Als der Allindische Gewerkschaftskongreß (All India Trades Union Congreß [AITUC]) im September 1932 zusammentrat, war der Hauptpunkt der Tagesordnung die Frage,

welches Programm als Grundlage für die Einheitsfront der indischen Gewerkschaftsbewegung dienen könnte;

denn auch in Indien, wo die Organisation der Arbeiterschaft noch in ihren Kinderschuhen steckt, ist die Einheit bereits gebrochen, sind die Gewerkschaften gespalten in freie und kommunistische Verbände. Wie irrsinnig diese Spaltung ist, wird täglich von neuem dadurch bewiesen, daß die herrschende Klasse, die britischen Imperialisten, keinen Unterschied zwischen „roten“ und „reformistischen“ Gewerkschaften kennen. Sie haben das im Meerut-Prozeß gezeigt, wo Führer beider Richtungen gemeinsam auf der Anklagebank saßen, des gleichen „Verbrechens“ beschuldigt wurden: durch ihre Gewerkschaftsarbeit die Herrschaft der Britischen Krone in Indien bedroht zu haben! Kurz vor Eröffnung des vorigen Gewerkschaftskongresses wurde die Tatsache, daß die indischen Behörden die „reformistischen“ Führer nicht weniger fürchten, als die „roten“, noch einmal gezeigt: Im Juli 1932 wurde der Vorsitzende des AITUC, Ruikar, zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Leider war auf dem Gewerkschaftskongreß nur der linke Flügel vertreten. Die große Allindische Eisenbahner-Föderation hatte keinen Delegierten gesandt. Auf einer Konferenz für Gewerkschaftseinheit, die im Juli 1932 in Madras stattgefunden hatte, war ein Einheitsprogramm aufgestellt worden, das in mancher Hinsicht europäischen Gewerkschaften als Beispiel dienen könnte. Es beginnt folgendermaßen:

„Eine Gewerkschaft ist ein Instrument des Klassenkampfes.“

Ihre grundlegende Aufgabe ist es, die Arbeiter bestimmter Gewerbe oder Industrien zu organisieren, damit sie ihre Rechte und Interessen verteidigen und fördern können. Darum kann es unter keinen Umständen das Ziel einer Gewerkschaft sein, die Interessen von Kapital und Arbeit zu versöhnen.“ Dann folgt eine Liste der unmittelbaren Forderungen in bezug auf Mindestlöhne, Begrenzung der Arbeitszeit u. s. w. Weiter heißt es in dem Programm: „Der AITUC soll den Kampf für die nationale Befreiung, vom Gesichtspunkt der Arbeiterklasse aus, unterstützen und sich aktiv daran beteiligen. Er glaubt nicht, daß ein Kompromiß zwischen der ausländischen und indischen Bourgeoisie (zum Beispiel ‚verantwortlichen Regierung‘ oder Dominion Status, innerhalb des Britischen Weltreichs) jemals die Lage der Arbeiterschaft wesentlich verändern wird. Die wichtigste politische Forderung der indischen Arbeiterklasse ist die Beendigung der imperialistischen Herrschaft, der Sturz des Kapitalismus und die Verstaatlichung der Produktionsmittel.“

Der AITUC soll kämpfen für Pressefreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht, Waffen zu tragen.“

Weniger erfreulich als die Forderung der Einheitsfront ist die Stellung der indischen Genossen zur internationalen Gewerkschaftsbewegung, was aber vor allem dem Chauvinismus und der Engstirnigkeit vieler europäischer Gewerkschafter zuzuschreiben ist. In dem Einheitsprogramm heißt es:

„Der Allindische Gewerkschaftskongreß soll sich nicht dem IGB anschließen,

da dieser das System der kolonialen Ausbeutung unterstützt oder doch billigt. Er soll sich auch keiner anderen internationalen Organisation anschließen.“

Wenn wir diese Stellungnahme auch nicht für richtig halten, so ist sie doch verständlich!

Die indischen Gewerkschaften stehen am Anfang ihrer Arbeit, sie haben ein Recht auf die Hilfe der europäischen Gewerkschaften, und sie benötigen deren Hilfe, um auch in

Indien mächtige Organisationen aufzubauen, wie sie in England und Deutschland bestehen. Meines Wissens hat der IGB sich niemals in Resolutionen oder sonst für die imperialistische Ausbeutung ausgesprochen, sich also nicht auf eine Politik festgelegt, die den indischen Genossen den Anschluß von vornherein unmöglich macht.

Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß die freien Gewerkschaften Europas niemals praktisch gezeigt haben, daß sie nichteuropäische Gewerkschaften in ihrem unerhört schweren Kampf unterstützten. Eine Gelegenheit hierzu, wie sie besser kaum denkbar wäre, ist die Verurteilung der Meerut-Gefangenen. Schon 1929 hat Nehru die Britischen Gewerkschaften aufgefordert, den Kampf gegen die Verhaftung der Gewerkschaftskollegen, die in Meerut auf der Anklagebank saßen, aufzunehmen. Die geringen Protestaktionen, die in manchen Ländern in Gang gekommen sind, haben nicht vermocht, die Britischen Imperialisten zu erschüttern. Das hätte anders sein können, wenn der ganze Apparat des IGB gegen die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung in Indien, wie die Verhaftung der in Meerut verurteilten Gewerkschaftsführer sie darstellt, in Bewegung gesetzt worden wäre.

Wenn derartige Aktionen auch während der vierjährigen Untersuchungshaft der Gefangenen versäumt worden sind, so ist es jetzt, nach Verkündung des Urteils, nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen.

Wenn der Kampf für die Freilassung der 31 indischen Genossen Erfolg haben soll, muß er in Europa geführt werden, da, wo die Drahtzieher und Hauptinteressenten, die Imperialisten, sitzen. Es ist eine Aufgabe der internationalen Solidarität, diese Gelegenheit wahrzunehmen, durch die der IGB den indischen Genossen nicht nur seine Daseinsberechtigung, sondern auch die Notwendigkeit seines Bestehens beweisen kann.

Kriminalstatistik 1932 aus dem braunen Sumpf.

Ks. Der jetzt in Frankfurt am Main abgeschlossene Mordprozeß gegen den SA-Mann Stubenrauch lenkt erneut die Aufmerksamkeit aller anständigen Menschen auf die moralische Verkommenheit der Nazipartei.

Im Jahre 1932 sind allein — ohne die zahllosen politischen und Femeverbrechen, und wenn man nur die größten Fälle zählt — folgende von Nazis begangenen kriminellen Straftaten zur Aburteilung gelangt:

- 1. Mord, Totschlag, Raub 14 Fälle
- 2. Brandstiftung, Fälschung 9 Fälle
- 3. Sittlichkeitsverbrechen 11 Fälle
- 4. Meineid, Erpressung, Spionage 12 Fälle
- 5. Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung 14 Fälle
- 6. Einbruch, Diebstahl 22 Fälle

Dafür sind
640 Monate Zuchthaus,
593 Monate Gefängnis,
57 Monate Ehrverlust

verhängt worden, und in 1 Fall lebenslänglich Zuchthaus. In 38 Fällen ist das Strafmaß aus der namentlichen Liste der Urteile nicht zu ersehen gewesen. Unter den Verurteilten befinden sich zwanzig Funktionäre der NSDAP.

„Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme!“

Infolge Kassenschwierigkeiten des Reiches konnte der im Haushaltsplan vorgesehene Reichszuschuß für das Deutsche Studentenwerk in Höhe von 500 000 Mark noch nicht ausgezahlt werden. Die örtlichen Hilfseinrichtungen des Studentenwerkes sind dadurch teilweise ohne Mittel, jedoch konnten die Schwierigkeiten im Bereich der Berliner Universität zunächst behoben werden.

A. M. FREY

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenheuer Verlag AG. Berlin.

„Euer Pech, wenn man euch so lange spazierengefahren hat. Ich kann euch nichts geben. Schaut, daß ihr morgen von der Kommandantur was bekommt, eh' ihr abgeschoben werdet zur Truppe.“

„Zur Truppe, Kamerad“, griff der Bader auf und zog seinen Zettel hervor. „Könnt jetzt ihr entziffern, wohin man uns einteilt?“

„Weiß nicht“, sagte der Gefreite gleichmütig und sah gar nicht erst auf das Geschriebene. „Die Kommandantur gibt euch Bescheid. Ihr werdet halt angefordert worden sein, ihr werdet Lücken ausfüllen.“

„Lücken?“
„Rindvieh, für solche, die weggeschossen worden sind. Ihr seid Krankenträger, vielleicht kommt ihr zu einer Sanitätskompagnie.“

„Wie ist's dort?“
„Fauls Leben. Faule Köpfe. Bessere Drückeberger. Ich hätt' nicht mögen dabei sein. Ich hab' meinen steifen Arm ehrlich erworben.“

Die drei schielten einander an, halb gedemütigt, weil sie die Genfer Binde trugen. Aber strahlte nicht der Bader versteckt? Er sagte vorfühlend: „Da sind die wohl ein bißchen besser daran — die von der Sanitätskompagnie — als die Infanterie im Graben? Aber wieso gibt's dann dort auch Lücken?“

„Weil die Artillerie weit reicht und überall hintrifft, Schafsköpf. Die Artillerie hat schon Feldlazarette zusammengeschnitten. Manchmal müssen sie auch vor in die Linie, die von der Sanitätskompagnie. Ist ihnen gesund, den faulen Köpfen. Da erwischt's dann manchen, gerade manchen von

ihnen, weil sie unerfahren sind, was Schuß und Deckung anbelangt.“

Jetzt wird er wieder ganz mutlos, der Bader, und seine schönen Augen flehen die Wand an um Rat. Soll er sich nun besser wünschen, gleich zur Infanterie selber zu kommen?

Inzwischen hat Madame, rundlich und schlampig, aber sachlich gelandet bei den Jahren einer Matrone, etwas Zweifelhafte in einer Pfanne durcheinander gebraten. Immerhin riecht es nach heißem Fett, und es ist, im Gegensatz zum dauernden Feldkesselsuppengeschlamp, etwas Kompaktes.

Die drei essen von richtigen Tellern, mögen sie auch nur mit einer alten Zeitung abgewischt worden sein; sie trinken etwas dazu, das Apfelwein sein soll, einen Cidre, und der Schaffner kommt in Laune, während er so dasitzt, Rock offen, Hose entriegelt, als wäre er bei Weib und Kind. Er holt sein grifffestes Messer aus der Tasche und stochert behaglich die Reste des Essens aus den Zähnen zusammen. Er sagt unter einem Rülpsen, den er gut erzogen mit den Fingern zudeckt: „Hurenhäuser soll's ja hier in Masse geben.“

„Warum? Willst du hin?“ grinst der Gefreite. „Ich darf euch aber heute nicht mehr aus dem Haus lassen.“

Da wissen sie mit einem Schlag wieder, daß keine Minute ihres Lebens ihnen gehört. Reisende, abgestiegen in einer Art von kleinem Hotel? Keine Spur! Gefangene des Krieges — ehe sie noch der Gegner gefangen hätte. Ist es da — gemessen an der Freiheit, nach der man sich sehnt — nicht eigentlich gleichgültig, von welcher Seite man gefangen gehalten wird?

Der das denkt, ist Funk. Aber der Schaffner Holzer sagt: „Zu den Huren? Ich will weiß Gott nicht zu ihnen, mein Lieber. Ich frag nur, weil ich davon gehört hab und weil ich's nicht hab glauben wollen, weil's eine Schand' ist. — Möchst am End' du hin, Stöger?“

Der kleine Bader schüttelt erschrocken den Kopf. Seine Blicke klagen. „Ich hab ein treues Weib und neun herzige Kinder“, sagt er in einem Ton, als lese er den Satz ab aus der Romanfortsetzung seiner Zeitung in Altötting.

Die anderen lachen. Der Schaffner schlägt ihm auf die Schulter: „Neun Kinder? Kamerad, da hast du das deine

geleistet. Den schäbigen Rest brauchst du nicht bei den Weibern in Lille zu verplempern.“

Aber von Rest will der Bader nichts hören. „Ein zehntes ist unterwegs“, erklärt er mit demütigem Stolz. „Und ich weiß nicht, ob es das letzte sein wird. Unserem Herrgott ist ein schönes Eheleben wohlgefällig.“

Sie lachen noch immer über ihn. Der Gefreite sagt: „Stimmt schon — nicht das mit dem Herrgott mein ich — das mit den Weibern. Es gibt Häuser für Offiziere und Häuser für Mannschaften. An guten Tagen stehen sie vor den Türen an, wie unsere Frauen daheim vor den Geschäften, wenn's was Rares zu kaufen gibt. — Was willst du auch machen hier, damit du nicht verreckst vor Langerweile? Ein Spaßchen muß der Mensch haben, und ausräumen muß er von Zeit zu Zeit auch einmal.“

„Ich glaub, die ganz vorn sind“, sagt der Schaffner angriffslos, „die brauchen nicht viel ausräumen, weil nicht viel in sie hineingeräumt wird. Aber ihr hier hinten, ihr freßt immer noch gut und reichlich, und ihr schlaft bequem. Das gibt böse Träume.“

„Du kannst dich ja vor die Haustür auf die Steinplatten legen“, höhnte der Gefreite.

„Das tu ich nicht. Aber mein Gerstl verläppern, das tu ich auch nicht.“ Er wird großartig, er übersieht den Gefreiten, er wendet sich an die zwei Schicksalsgenossen: „Jetzt, wo wir einmal da sind, wollen wir unsere ganze Kraft dem Vaterlande weihen, was Kameraden?“

Der Bader stimmt zaghaft zu, Funk sagt garnichts, aber der Gefreite dreht ärgerlich die fliegenverdreckte elektrische Birne aus der Leitung und befiehlt ins Dunkel hinein: „Jetzt müßt ihr schlafen gehen. Morgen früh um sieben müß ich euch abliefern.“

Madame hatte sich gleich zurückgezogen, nachdem sie mit Einkassieren fertig war. Sie tappen an einer Kauer vorbeiz, aus der fettige Schnarchtöne quellen.

Sie sind wieder oben in ihrem Zimmerchen und liegen bald auf den Gestellen, die Betten sein sollen. Sie wanken und ächzen schwachbändig und ausgeleiert umher wie Schiffchen im Sturm.

(Fortsetzung folgt.)

